

Bürgerjournalismus

Ist das Web 2.0 das Ende des klassischen Journalismus?

Mit fortschreitender Ausbreitung des Internets und dessen Integration in den Alltag der Bevölkerung veränderte sich in den 90er Jahren das Angebot der Informationsquellen in zunehmendem Maße. Informationen aus allen Teilen der Welt und Berichte über Ereignisse einer lokalen Region lassen sich heutzutage am schnellsten im Internet abrufen. Dabei ist das Internet nicht nur ein Kanal, über den man Informationen senden kann. Der Dialog und die Einbindung der Kunden wird spätestens mit dem Buzz-Wort Web 2.0 zum festen Bestandteil des Internets.

Durch diese Einbindung der Internetnutzer wächst die Fülle von Bürger-Autoren rasant an. In diesem Zusammenhang fällt auch immer wieder der Begriff Bürgerjournalismus. Der Bürgerjournalismus, auch partizipatorischer Journalismus oder Peer-to-Peer-Journalismus genannt, bezeichnet die Tätigkeit eines Bürgers oder einer Gruppe von Bürgern, die eine aktive Rolle im Prozess der Recherche, des Berichtens, des Analysierens sowie des Verbreitens von Nachrichten und Informationen einnehmen. Heute filmt, fotografiert und layoutet der Laie in einer Qualität, wie es früher nur den Profis vorbehalten war. Neben der Möglichkeit der professionellen Erstellung wird dem Laien auch eine freie Verbreitung über das Internet möglich gemacht. Immer häufiger erreichen uns Privataufnahmen auch über die klassischen Kanäle wie z.B. das Fernsehen. Manche sprechen angesichts dessen schon vom Ende des klassischen Journalismus. Doch eine nähere Betrachtung der Thematik und eine Analyse bestehender Portale zeigt, dass nichts so heiß gegessen wird, wie es gekocht wird.

1. Journalismus: Past to Present

"Journalismus" umfasst alle Formen publizistischen Handelns für die Medien¹ und reicht vom Organisieren und Planen, Dokumentieren, Recherchieren, Fotografieren, Formulieren, Redigieren bis hin zur finalen Präsentation eines Berichts, eines Artikels oder einer Online-Meldung. Auch die Erstellung von Büchern und Broschüren fällt unter den weitläufigen Begriff des Journalismus. Journalismus umfasst heute alle publizistischen Arbeiten bei Presse, Film, Hörfunk, Fernsehen und im Internet. Rechtliche Grundlagen des Journalismus bilden auf der einen Seite das Grundgesetz mit Art. 5 Pressefreiheit und im ethischen Bereich der Code de Bordeaux und der Pressecodex, die beide in die "Publizistischen Grundsätze" des Deutschen Presserates eingeflossen sind und als wichtigste Forderung "die Achtung vor der Wahrheit und die wahrhaftige Unterrichtung der Öffentlichkeit"² postulieren. Die Achtung vor der Wahrheit manifestiert sich auch in der strikten Trennung von Information (Bericht) und deren Bewertung (Kommentar). Damit wird der Journalismus oder allgemein "die Presse" - neben Legislative, Exekutive und Judikative - zur vierten Gewalt im deutschen Staat, die zunehmend an Bedeutung gewinnt, denkt man an den zunehmenden Internet-Gebrauch oder TV-Konsum. Zum Beruf des "Journalisten" ist der Zugang zurzeit noch frei, d. h. es gibt kein gültiges Berufsbild mit Mindestanforderungen der Qualifikation oder Ausbildung. Allerdings verlangen die Redaktionen im zunehmenden Maße ein abgeschlossenes Volontariat, den Abschluss einer Journalistenschule oder gar ein Hochschulstudium als Anstellungs-Voraussetzung. Durch eine ►

zunehmende Globalisierung von Wirtschaft und Kultur mit gleichzeitiger Differenzierung und Regionalisierung sowie durch die zunehmende Bedeutung weltweiter Kommunikation mit Hilfe sehr schneller, gleich mehrere Sinne ansprechender Medien³, kann in der Zwischenzeit auch von einer "Kommunikationsgesellschaft"⁴ gesprochen werden.

Dies gilt vor allem deshalb, weil viele Printmedien sich ebenfalls einen elektronischen "Online-Dienst" eingerichtet haben, der entweder in einer eigenen Redaktion selbstständig betrieben oder von den Journalisten aus den Redaktionen der Printmedien "mitbedient" wird. Die Prinzipien des Journalismus wie Informationsvermittlung, Trennung von Berichterstattung und Kommentar, Vertrauenswürdigkeit und Wahrheitsverpflichtung gelten natürlich auch für diese zunehmend an Bedeutung gewinnende Art der Online-Kommunikation.

2. Bürgerjournalismus und Web 2.0

Die Entwicklung des Bürgerjournalismus, in welchem dem Bürger nicht bloß die Rolle des Informationskonsumenten zukommt, sondern er sich aktiv an der Berichterstattung beteiligen kann, reicht weit zurück. Bereits im 18. Jahrhundert wurden Leserbriefe abgedruckt, die den Bürgern einen gewissen Rahmen einräumten, um ihre Meinung äußern und publizieren zu können, was sich damals meist in der Darstellung der Missstände des öffentlichen Lebens ausdrückte. Ein Vorläufer für den Begriff des Bürgerjournalismus ist der "Graswurzeljournalismus", welcher seinerseits aus der Bezeichnung "Graswurzel" und "Graswurzelbewegung" entstanden ist. Der Begriff der "Graswurzel" (grass roots) im Zusammenhang mit Personen entstand während der US-Präsidentenwahlen im Jahre 1912. Zu mehr Partizipation der Bürger an den Medien rief um 1930 auch Berthold Brecht in einer seiner Radio-

theorien auf, indem er das Radio ein unsinniges Medium nannte, welches das Publikum zum stupiden Zuhören zwingen würde. Der heute gebräuchliche Begriff des Bürgerjournalismus wurde in dieser Form das erste Mal nach dem US-Präsidentenwahlkampf 1988 gebraucht, in welchem mit George Bush, der vorher das Amt des Vizepräsidenten bekleidete, zum dritten Mal in Folge ein Kandidat der Republikaner die Mehrheit der Wahlbezirke für sich gewinnen konnte.

Ob Presse, Hörfunk oder Fernsehen, all diese Medien wurden von ihrer Gründungszeit an von Intendanten, Chefredakteuren und, in einigen Fäl-



Sie wurden bewertet!

Und alle schauen hin!

Analyse von Foren, Blogs, Bewertungsportalen, Fansites etc.
www.infospeed.de

len, staatlichen Stellen kontrolliert. Dies führte immer wieder zu Kritik aus der Bevölkerung, da die neutrale und objektive Berichterstattung häufig hinterfragt und manipulative Einwirkung vermutet wurde. Die Stimme des Volkes, vermittelt durch Leserbriefe, Hörer- und Fernsehfragen, wurde insbesondere zu Zeiten des Nationalsozialismus und der DDR ad absurdum geführt und, vorsätzlich von Staatswegen her, zu propagandistischen Zwecken gefälscht und ausgenutzt, um der Bevölkerung ein falsches Meinungsbild zu vermitteln. Um diesem Missbrauch entgegenzu- ▶

wirken wurde die Pressefreiheit, wie im Falle der Bundesrepublik Deutschland, in einigen, meist demokratisch geformten Staaten, bereits im Grundgesetz verankert.

Mit der Einführung des Internets trat jedoch ein völlig neues Medium in Erscheinung. Von Beginn an als offenes, für Jedermann zugängliches Netz entwickelt, etablierte sich das Internet Mitte der 90er Jahre zunächst als recht statische Informationsquelle für die Bevölkerung. Nach dem Crash der New Economy zur Jahrtausendwende rehabilitierte sich das Internet jedoch als zukunftsweisendes Medium und wurde, insbesondere durch die informelle Erweiterung des Web 2.0, zu einer dynamischen Kommunikationsplattform für ein globales Publikum. Der Begriff Web 2.0 steht dabei für eine neue Form des Internets, in der die Inhalte meist dynamischer und veränderbarer Natur sind, die sowohl eine große Fülle von Interaktivität seitens der Benutzer zulassen, als auch eine eigene Präsentationsmöglichkeit für jeden angeschlossenen User ermöglichen. Die Resonanz ist gewaltig und die Zahl der an das Internet angeschlossenen Personen hat sich in den letzten Jahren um ein Vielfaches erhöht. Dies bietet dem einzelnen Individuum, das bis zu diesem Zeitpunkt zu der breiten Masse der reinen Informationskonsumenten gehörte, die Möglichkeit, die eigenen Ansichten und Interessen einem globalen Publikum zu präsentieren. Diesen dadurch entstehenden unzensierten Informationsinhalt bezeichnet man als "user generated content", also eine Inhaltsform, die aus der Feder des Benutzers und somit auch aus der gemeinen Bevölkerung stammt.

Erst durch die immer größere Einbindung des Internets in das tägliche Leben hat sich die heutige Form des Bürgerjournalismus entwickeln können, da es auf der einen Seite jedem Bürger die technischen und strukturellen Mittel zur Verfügung stellt, um auf einfache Art und Weise Inhalte in Form von Texten, Bildern und Videos bereit-

zustellen und auf der anderen Seite ein internationales Publikum ermöglicht. Neben nahezu unbegrenzten Speicherkapazitäten erfolgt im Internet auch keine Zensur der Inhalte im eigentlichen Sinne – von der Kontrolle durch Website-Betreiber, kriminellen Inhalten und der Regulierung durch einige bestimmte Staaten abgesehen.

Somit bildeten sich fast zwangsläufig Webportale, auf welchen die User dazu ermutigt werden, eigene Artikel zu verfassen, die von anderen Autoren zu kommentieren und sich an verschiedensten Diskussionen zu beteiligen. Auf den meisten Plattformen werden diese Beiträge von einer Moderatorengruppe auf ethische Korrektheit geprüft und dem qualitativen Inhalt entsprechend platziert. Eine weitere Form der Qualitätsprüfung geschieht durch die Benutzer dieser Portale, die Beiträge bewerten und kommentieren können.

3. Plattformen des Bürgerjournalismus

3.1 Indymedia

Eine der ersten populären Plattformen für Bürgerjournalismus ist Indymedia. Es ist in der politisch linken Szene positioniert. Die Gründung erfolgte im Jahre 1999, als es vor und während der Welthandelskonferenz in Seattle zu massiven Protesten von Globalisierungskritikern kam, die nur durch ein großes Polizeiaufgebot niedergeschlagen werden konnten. Das Ziel von Indymedia ist eine nicht-kommerzielle, alternative Berichterstattung, die sich hauptsächlich mit globalisierungskritischen Themen in Bezug auf kulturelle, ökologische und kapitalistische Aspekte auseinandersetzt. Das Netzwerk ist in mittlerweile über 150 lokale "Independent Media Center" (IMCs) unterteilt, welche auf allen Kontinenten ansässig sind. Inhalte werden z. T. in Print-, Audio - und Video-Formaten veröffentlicht, die Hauptpublikationsplattform ist jedoch das Internet. Die Finanzierung von Indymedia erfolgt ▶

durch Spenden und das Engagement der eigenen Mitglieder. Das deutsche IMC wurde 2001 gegründet und entstand im Rahmen der damaligen Castor-Transporte in Gorleben, als Atomkraftgegner gegen den Transport hochradioaktiver Brennelemente protestierten.

Indymedia bezeichnet sich selbst nicht als inhaltsproduzierende Plattform, sondern lediglich als Anbieter der notwendigen Infrastruktur, was sich in erster Linie auf die Publikationsplattform bezieht. Weiterhin werden jedoch auch technische Hilfsmittel an die Aktivisten verliehen und Internetcafés bereitgestellt, um eine technisch hochqualifizierte Berichterstattung zu ermöglichen, und die entsprechenden Daten möglichst schnell in das Informationsnetzwerk integrieren zu können. Die Mitglieder von Indymedia bezeichnen sich zudem nicht als Journalisten, sondern als Aktivisten einer gemeinsamen Sache, die sich als Element einer Graswurzelbewegung ansehen. Die Politik des Veröffentlichens von Beiträgen basiert auf dem "Open-Posting-Prinzip". Jeder Benutzer kann Beiträge zunächst unabhängig von deren Inhalt einstellen - über deren Platzierung auf der Website entscheidet letztendlich eine lokale Redaktion. Einträge mit illegalem, menschenverachtendem, oder rechtsextremem Inhalt werden aus dem Netz genommen und in ein Archiv verschoben, das auf Anfrage einsehbar ist. In einigen, meist europäischen Ländern, wird Indymedia aufgrund der politischen Ausrichtung sehr kritisch betrachtet. In der Vergangenheit kam es immer wieder zu Konflikten mit Behörden und dem entsprechenden Verfassungsschutz, da Indymedia wie



Abb. 1: Indymedia-Logo

z.B. vom Bundesverfassungsschutz als ein "von Linksextremisten verstärkt genutztes Internetportal" bezeichnet wird, das als Vernetzungs- und Mobilisierungsmedium für linksextremistische Widerstände benutzt wird.

3.2 Wikinews

Ein vollkommen anderes Konzept verfolgt Wikinews. Auf diesem Online-Platz kann jeder selbst Artikel verfassen. Die deutschsprachige Version gibt es seit 2004. Der Fokus in der Art der Berichterstattung liegt auf einem "neutralen Standpunkt", wobei, entgegen zu Indymedia, die eigene Meinung des Autors nicht mit einfließen soll.

Das Ziel von Wikinews ist ähnlich wie bei Wikipedia die Bereitstellung einer freien Plattform, auf der jeder Benutzer seine Inhalte nach bestem Wissen und Gewissen einstellen kann, um einen gemeinschaftlichen Beitrag zu leisten, von dem viele Menschen profitieren können. In diesem Fall sollen diese Inhalte jedoch keine Lexikon-Einträge und Definitionen, sondern aktuelle Nachrichtentexte sein. Der Sinn besteht in der Generierung gemeinschaftlicher Nachrichtenmeldungen, die keinen Eigentümer haben, sondern jeden ermutigen, daran mitzuschreiben und Dinge zu ergänzen, bzw. herauszunehmen. Die Benutzer werden dazu aufgefordert, bestimmte Regeln bei der Erstellung von Nachrichten zu beachten, eine festgelegte Kontrollinstanz gibt es jedoch nicht. Alle Informationen die auf Wikinews erscheinen haben eine Quellenangabe. Erstellte Beiträge landen zunächst in einer "Artikelschmiede", die einen Zwischenspeicher neu angelegter Texte vor der Veröffentlichung darstellt. Über diese Seite können Einträge eingesehen werden, die kurz vor einer Veröffentlichung stehen, womit diese ggf. auch noch verhindert werden können, wenn eine Mehrheit von angemeldeten Benutzern dies entscheidet. Bereits veröffentlichte Texte können von registrierten

rierten Nutzern ebenfalls nachträglich bearbeitet werden. Autoren, die bei einer Veranstaltung selbst anwesend waren oder eine Person interviewt haben, können ihren Bericht zudem als "Original Reporting" deklarieren, bei dem die Quellen und Informationen über die eigene Person genau angegeben werden und ethische Grundlagen eingehalten werden müssen. Durchschnittlich werden 7 bis 8 Artikel pro Tag auf Wikinews eingestellt. Mehr als 2.500 Artikel wurden bereits geschrieben. Viele Artikel werden überarbeitet. Die Startseite erhält ca. 3.000 Views täglich. Wie Indymedia finanziert sich Wikinews durch Spenden. Insgesamt ist der Datenbestand von Wikinews relativ klein. Viele Informationen stammen aus Nachrichtenmedien, Agenturmeldungen oder Pressemitteilungen. Originäre Berichterstattungen sind eher selten zu finden.



Abb. 2: Wikinews-Logo

3.3 Opinio

Einer der Pioniere zum Thema Bürgerjournalismus in Deutschland ist die Rheinische Post, die ihren Lesern seit Dezember 2004 mit der Online-Plattform Opinio die Möglichkeit gibt, eigene Artikel zu schreiben. Inhalte umfassen in erster Linie regionale Nachrichten und alltägliche Erlebnisse der Bürger. So findet man neben einigen wenigen überregionalen Berichten hauptsächlich kleine Geschichten über Amateur-Sportvereine oder die Lieblingseisdiele von nebenan. Teilnehmen und eigene Berichte schreiben kann jeder, der sich über die Website registriert und ein Autorenprofil anlegt. Die Opinio-Redaktion, bestehend aus zwei für das Web-Portal abgestellten Redakteuren und vier eigens eingestellten Pauschalisten, behält sich jedoch vor, Texte zu löschen, die "nicht unseren Vorstellungen entsprechen". Einmal wöchentlich werden in der Print-

ausgabe der Rheinischen Zeitung und der Neuß-Grevenbroicher Zeitung, die Opinio jeden Dienstag eine Seite widmen, neben einem Autorenprofil die drei besten Leser-Artikel der Woche veröffentlicht. Die Artikel selbst sind meist sehr kurz und umfassen i. d. R.

nie mehr als eine Seite. Vor kurzem erschienen ist ein von Opinio-Autoren



Abb. 3: Opinio-Logo

verfasstes Buch, in dem die besten Kurzgeschichten und Anekdoten der Leser in Printform zusammengefasst wurden. Mit Opinio verfolgt die Rheinische Post eine crossmediale Strategie. Sie sieht im Bürgerjournalismus eine Erweiterung des bisherigen journalistischen Angebots im Verbund von Print und Online.

4. Hand in Hand

Die Sorge der professionellen Journalisten um den Stand ihres Berufes durch zunehmende Tätigkeit von Hobby-Reportern scheint hierzulande ebenso unbegründet wie die Notwendigkeit für die Bildung eines Gegengewichtes aus der Bevölkerung heraus, aufgrund mangelnder Vertrauenswürdigkeit und Angebots der professionellen Medien.

Die Journalisten haben mitunter eine überzogene Abwehrhaltung dem Bürgerjournalismus gegenüber, da sie einen Verlust ihres Monopols der Berichterstattung und der Kontrolle befürchten, wenn der Leser sich nicht mehr nur auf die Rolle des Rezipienten beschränkt. Dabei werden gerade einmal ein bis zwei Prozent der von Amateuren verfassten Texte in Printmedien veröffentlicht, da sie qualitativ zu schlecht sind, oder gewisse journalistische Mindestanforderungen nicht erfüllen. In gewissen Bereichen, wie z. B. der politischen Berichterstattung, ist der professionelle Journalismus ohnehin nicht zu ersetzen, da nur er über ein Korrespondentennetzwerk ▶

aus Experten und die entsprechenden Verbindungen verfügt. Auch ein Verschwinden der gedruckten Zeitungen ist nicht zu erwarten, da mittlerweile die meisten Online-Medien selbst eine (meist wöchentlich erscheinende) Printausgabe ihrer besten Beiträge herausbringen. Dies



zeigt deutlich, dass der Markt für Printmedien noch vorhanden ist und viele Leser eine gedruckte Tageszeitung der digitalen Version vorziehen.

Der Bürgerjournalismus stellt vielmehr eine Ergänzung zum bestehenden Journalismus dar, denn eine Alternative. Der Bereich der Lokalnachrichten kann von Leserreportern profitieren, da das Internet mit seinen vielen Nutzern und dem fast unbegrenzten Platzangebot für Publikationen in der Lage ist, auch mikrolokale Nachrichten aufzunehmen, die für professionelle Redaktionen aus Kapazitätsgründen gar nicht zu erschließen wären. Bürger machen mit Produkten und Dienstleistungen zum Teil andere Erfahrungen als Journalisten und beurteilen Produkte und Dienstleistungen aus einem anderen Blickwinkel. Ein Familienvater z.B. mit 3 Kindern kann sehr gut das Platzangebot eines Fahrzeuges beurteilen, auch wenn ihm die Maße und Vergleichsangaben zu anderen Fahrzeugen fehlen.

Professioneller Journalismus und die Berichterstattung von Laien können sich gut ergänzen, da beide Seiten als grundlegendes Ziel die Versorgung einer breiten Masse mit Informationen haben. Der ausgebildete Journalist hat dabei den Vorteil der gründlicheren, qualitativ hochwertigeren Recherche und Nachbearbeitung. Die Stärken des Bürgerjournalismus sind dagegen eher die Informationsvielfalt, der intensive Meinungsaustausch, persönliche Erfahrungen und die Schnelligkeit, bedingt durch die große geographische Abdeckung durch die Nutzer. Journalisten erhalten Ideen zu berichtenswerten Themen und können sich einen Überblick über Argumente und Informationen aus der Bevölkerung machen, indem sie Bürgerjournalismus-Plattformen, Online-Communities und Weblogs als Recherchequelle nutzen. Im Gegenzug wird den Amateur-Plattformen zusätzliche Aufmerksamkeit in Form der Quellenangaben zuteil. Aus der Zusammenarbeit von Laien und ausgebildeten Journalisten resultiert zudem eine hohe Glaubwürdigkeit und eine hohe Bindung der Nutzer. In diesem Falle wird die Redaktion zum Moderator und Dienstleister. Die negative Auswirkung, die das Internet auf die Zeitung zu haben schien, wird somit umgekehrt, da dem Leser plötzlich die Möglichkeit geboten wird, seine Ansichten und Interessen auf der Website seiner Zeitung zu veröffentlichen, wodurch eine viel stärkere Identifikation entsteht. ■

*Prof. Dr. Matthias Fank
(Fachhochschule Köln)*

*Dr. Wolfgang Riecke
(Direktor Öffentlichkeitsarbeit Ford-Werke)*

Quellenangaben

¹ Vgl. Merten, Klaus: Das Handwörterbuch der PR A-Q, FAZ-Institut für Management-, Markt und Medieninformation, Frankfurt am Main, 2000, S. 157

² Merten, Klaus, ebenda, S. 157

³ Reichertz, Jo, Vertrauen in der internet-gestützten Unternehmenskommunikation, in: Thimm, Caja (Hrsg.) Unternehmenskommunikation offline/online, Europäischer Verlag der Wissenschaften, Frankfurt am Main, 2002, S. 15

⁴ ebenda

Abbildungen



Screenshot von www.indymedia.org am 21.06.2007



Screenshot von www.wikinews.org am 21.06.2007



Screenshot von www.opinio.de am 21.06.2007